

Kurzprotokoll

der 4. Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der
SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"
am Donnerstag, dem 12. Oktober 1995, 20.45 Uhr
in Bonn, Bundeshaus, NH 1901

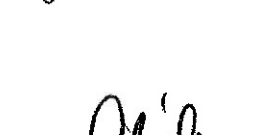
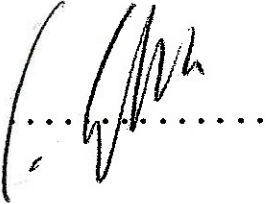
Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Tagesordnung:

1. Beschlußvorschläge und Mitteilungen aus der Obleuterunde:
 - a) Öffentlichkeit von Kommissionssitzungen
 - b) Bezeichnung der Berichterstattergruppen
 - c) Einberufer der Berichterstattergruppen
 - d) Forschungsmittel 1995
 - e) Sonstiges
2. Arbeitsplanung:
 - a) Reihenfolge der Berichterstattergruppen
 - b) Einsetzung weiterer Berichterstatter-/Projektgruppen
 - c) Terminkoordinierung der Berichterstattergruppen
 - d) Sonstiges
3. Gespräch beim Bundespräsidenten am 13.10.1995
4. Öffentliche Anhörung im November 1995
5. Verschiedenes

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit"

Ordentliche Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift
Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Büttner, Hartmut		Brudlewsky, Monika	
Eppelmann, Rainer		Dehnel, Wolfgang	
Koschyk, Hartmut		Dr.-Ing.Jork, Rainer	
Kuhn, Werner		Link (Diepholz), Walter	
Selle, Johannes		Frhr.v.Schorlemer, Reinhard	
 <u>SPD</u>		 <u>SPD</u>	
Gleicke, Iris		Braune, Tilo	
Hilsberg, Stephan		Kressl, Nicolette	
Meckel, Markus		Kurzhaus, Christine	
Vergin, Siegfried		Spiller, Jörg-Otto	
 <u>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>		 <u>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>	
Poppe, Gerd		Häfner, Gerald	
 <u>F.D.P.</u>		 <u>F.D.P.</u>	
Dr. Ortleb, Rainer		Dr.Schmidt-Jortzig, Edzard	
 <u>PDS</u>		 <u>PDS</u>	
Dr. Elm, Ludwid		Kutzmutz, Rolf	

Enquete - Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur"

als sachverständige Mitglieder:

Prof. Burrichter, Clemens

Burrichter

Prof. Faulenbach, Bernd

Faulenbach

Fricke, Karl Wilhelm

Fricke

Gutzeit, Martin

Gutzeit

Hansen, Dirk

Hansen

Prof. Dr. Huber, Peter M.

Huber

Prof. Dr. Maser, Peter

Maser

Dr. Moreau, Patrick

Moreau

Prof. Weber, Hermann

Weber

Prof. Dr. Wilke, Manfred

Kowalewski, Alko-Sascha

Fraktions- und Gruppen-
vorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

.....

.....

SPD

.....

.....

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....

.....

F.D.P.

.....

.....


PDS

.....

.....

Fraktions- und Gruppen-
mitarbeiter:
(Name bitte Druckschrift)

Fraktion/Gruppe:

Unterschrift

Vielhaber

CDU/CSU

Vier
Drechsler

Drechsler

SPD

Keller

PDS

Bauer

Bündnis 90

Jovan

Der Vorsitzende, Abg. Rainer Eppelmann, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Auf seine Bitte hin stellen sich zunächst als neue Mitarbeiter im Sekretariat der Kommission Herr Eugen Georg Schwarz und Herr Frank Grußendorf sowie als Mitarbeiter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Udo Baron und als Mitarbeiter der Fraktion der F.D.P. Herr Michael Link kurz vor.

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Beschlußvorschläge und Mitteilung aus der Obleuterunde

a) Öffentlichkeit von Kommissionssitzungen

Auf Aufforderung des Vorsitzenden teilt Sekretariatsleiter **RD Eising** mit, die Obleuterunde habe in dieser Frage keinen Grundsatzbeschuß gefaßt. Eine Entscheidung solle vielmehr jeweils im Einzelfall getroffen und dabei das Ziel verfolgt werden, öfter öffentlich zu tagen, als dies in der 12. Wahlperiode der Fall gewesen sei. Die Entscheidung darüber liege aber jeweils im Ermessen der Obleute bzw. in dem der Kommission.

Abg. Markus Meckel teilt den Wunsch seiner Fraktion mit, daß bei allen öffentlichen Sitzungen der Kommission durch das Sekretariat jeweils ein Wortprotokoll erstellt wird.

Der Vorsitzende erwidert, er stehe diesem Gedanken grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, habe aber Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit eines solchen Beschlusses. Dies liege hauptsächlich daran, daß der Kommission keine Mitarbeiter des Stenographischen Dienstes mehr zu Verfügung stünden, so daß im Sekretariat eine Tonbandabschrift erstellt werden müßte. Auf Grund der derzeitigen personellen Ausstattung könne dann aber nicht ausgeschlossen werden, daß Protokolle u.U. mehrere Wochen oder gar Monate auf sich warten ließen. Er schlägt deshalb vor, in dieser Angelegenheit weitere Gespräche zu führen und erst im Anschluß daran einen Beschluß zu fassen.

Abg. Markus Meckel interpretiert diese Äußerung so, daß man es zunächst auf einen Versuch ankommen lassen wolle, um anschließend erneut darüber zu befinden. Dies bestätigt der Vorsitzende.

b) Bezeichnung der Berichterstattergruppen

RD Eising teilt den Vorschlag der Obleute mit, die Berichterstattergruppen nach dem sogenannten mnemotechnischen Verfahren jeweils nach dem Anfangsbuchstaben des ersten Substantives zu benennen. Die bereits von der Kommission eingesetzten Berichterstattergruppen erhielten somit die Buchstaben B (Bildung), W (Wirtschaft), D (Deutschlandpolitik) und O (Opfer). Die der Kommission zur Einsetzung vorgeschlagenen Gruppen erhielten die Buchstaben G (Gedenkstätten), A (Archive), Z (Interparlamentarische und Internationale Zusammenarbeit), P (Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung) sowie F1 für die Projektgruppe zur Behandlung des von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Forschungsauftrags. Er bittet in diesem Zusammenhang darum, daß das Sekretariat zusätzlich zu den vorgeschlagenen Buchstaben in Klammern auch eine arabische Ziffer verwenden dürfe, um die Aktenablage übersichtlicher gestalten zu können.

Die Kommission stimmt dem vorgeschlagenen Abkürzungsverfahren zu.

c) Einberufer der Berichterstattergruppen

RD Eising teilt mit, daß die Obleute als Einberufer folgende Mitglieder der Kommission vorschlägen:

BG B (1) Bildung, Wissenschaft, Kultur: Sv. Prof. Dr. Peter Maser

BG W (2) Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik: Abg. Jörg-Otto Spiller

BG D (3) Das geteilte Deutschland im geteilten Europa: Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach

BG O (4) Opfer: Abg. Hartmut Büttner

Die Kommission stimmt diesem Vorschlag zu.

d) Forschungsmittel 1995

RD Eising führt aus, ein nennenswerter Abfluß von Haushaltsmitteln vor dem Stichtag 10. Dezember 1995 sei nicht zu erwarten. Es sei deshalb sinnvoll zu versuchen, in den Haushaltsjahren 1996 oder 1997 einen erhöhten Mittelansatz (in Höhe der 1995 nichtverausgabten Gelder) zu beantragen. In dieser Angelegenheit habe sich der Vorsitzende bereits schriftlich an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewandt. Aus dem Sekretariat des Haushaltsausschusses sei zwischenzeitlich die Mitteilung erfolgt, daß das Schreiben an die für den Einzelplan 02 zuständigen Berichterstatter weitergereicht worden sei.

Der Vorsitzende äußert in diesem Zusammenhang die nachdrückliche Bitte an die Vertreter aller Fraktionen und der Gruppe in der Kommission, die zuständigen Berichterstatter im Haushaltsausschuß auf die Problematik aufmerksam zu machen und für das Anliegen der Kommission zu gewinnen.

RD Eising trägt des weiteren den Vorschlag der Obleuterunde vor, den Sitzungstermin der Kommission am 23. November 1995 zu streichen, um den Berichterstattergruppen Gelegenheit zu geben, ihre Vorschläge für das Arbeitsprogramm und die Vergabe von Forschungsaufträgen und Expertisen zu beschließen. Nach dem Willen der Obleute sollten derartige Vorschläge bis spätestens zum 15. Januar 1996 vorliegen.

Abg. Markus Meckel widerspricht dieser Darstellung insofern, als daß im Obleutegespräch bezüglich der Anhörungen nicht vereinbart worden sei, deren Planung bereits innerhalb der nächsten Wochen konkret auszuformulieren. Eine Ausnahme bilde in diesem Rahmen lediglich die BG B (1), da diese den ersten thematischen Schwerpunkt der Kommission bearbeiten werde.

Abg. Hartmut Koschyk ist demgegenüber mit RD Eising der Auffassung, daß die Kommission insgesamt ein Programm für ihre Arbeit vorlegen müsse.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß sich eine Klärung dieser Frage aus dem Protokoll der Sitzung der Obleute am 11. 10. 95 ergeben werde.

Abg. Gerd Poppe ist ebenfalls der Meinung, daß ein detailliertes Arbeitsprogramm vorgelegt werden müsse. Dies bedeute aber nicht, daß jede Anhörung bis zum 15. 1. 96 exakt durchgeplant sein müsse. Gleiches gelte für die Titel der Expertisen. Die Erstellung eines Arbeitsprogrammes solle ja auch dem Zweck dienen, im Plenum des Bundestages im Frühjahr 1996 erneut Debattenzeit zu erhalten.

Abg. Markus Meckel versteht die Geschäftslage so, daß ein Arbeitsprogramm analog zu dem der Enquetekommission in der 12. Wahlperiode vorzulegen sei. Ausformulierte Vorschläge zu Anhörungen und Forschungsaufträgen seien allerdings bis zum vereinbarten Stichtag nicht leistbar und auch nicht sinnvoll.

Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm schließt sich dieser Auffassung an.

Die Kommission beschließt, bis zum 15. Januar 1996 sollten die Vorschläge zum Arbeitsprogramm vorliegen, die aber nicht ausformulierte Vorschläge zu Anhörungen, Forschungsaufträgen und Expertisen im einzelnen enthalten müssen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die vom Nomos-Verlag in Baden-Baden und vom Suhrkamp-Verlag in Frankfurt gedruckten Materialien der Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode in Buchform am 9. November 1995 der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen. Auf Grund des Beschlusses des Ältestenrates des Bundestages, daß innerhalb der sogenannten parlamentarischen Kernzeit am Donnerstagvormittag keine weiteren Veranstaltungen zugelassen sind, ergebe sich nunmehr insofern die Notwendigkeit, für die Veranstaltung nicht allzu offensiv zu werben. Deshalb werde, anders als bislang geplant, auf die namentliche Einladung aller Mitglieder des Bundestages verzichtet. Stattdessen würden neutrale Einladungen ohne namentliche Anrede an die Geschäftsführungen der Fraktionen und der Gruppe mit der Bitte um Weitergabe an interessierte Abgeordnete versandt. Da es dem Suhrkamp-Verlag nicht gelungen sei, die komplette Buchausgabe fertigzustellen, könne dem Bundespräsidenten anlässlich seines Gespräches mit den Mitgliedern der Kommission am 13. 10. 1995 nur ein Teil der Ausgabe überreicht werden. Die Taschenbuch-Version werde im übrigen zum Preis von 198,00 DM im Handel erhältlich sein; der Preis der Hardcover-Ausgabe stehe noch nicht fest, werde aber um die 900,00 DM betragen.

e) Sonstiges

Abg. Siegfried Vergin, stellv. Vorsitzender der Kommission, trägt das Anliegen vor, in Verbindung mit dem Petitionsausschuß des Bundestages und vergleichbaren Ausschüssen der Landtage in den neuen Bundesländern in Verbindung zu treten, um über Opfer- Vorgänge und Benachteiligung von Bürgern durch das SED-Regime detailliert informiert zu werden. Denkbar sei eine schriftliche summarische Darstellung der Vorgänge, die ggf. durch die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse mündlich erläutert werden könne. Es dürfe in diesem Zusammenhang allerdings nicht der Eindruck entstehen, die Enquete-Kommission sei eine Art "Oberpetitionsausschuß".

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung der Kommission zu diesem Vorschlag fest und regt an, daß die Thematik im kleinen Kreis erörtert werden möge.

Abg. Markus Meckel macht den Verfahrensvorschlag, daß in den Fraktions-Arbeitsgruppen gesammelte Ideen in dieser Angelegenheit von der BG O (4) zu einem Vorschlag an die Kommission zusammengefaßt werden.

RD Eising teilt mit, daß das Sekretariat bereits eine Vorlage des Petitionsausschusses des Bundestages erbeten habe, die in Kürze eingehen werde.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Arbeitsplanung

a) Reihenfolge der Berichterstättergruppen

RD Eising teilt den Vorschlag der Obleute mit, die Kommission möge sich mit den Themen Bildung, Wirtschaft und Deutschlandpolitik in dieser genannten Reihenfolge beschäftigen. Aus der "2. Säule" solle zunächst das Thema Opfer aufgegriffen werden.

Abg. Markus Meckel ergänzt, die Obleuterunde habe sich auch auf ein Zeitraster dahingehend geeinigt, daß sich die Kommission bis zur Sommerpause 1996 mit dem Schwerpunktthema Bildung, von Sept. 1996 bis Ostern 1997 mit dem Schwerpunktthema Wirtschaft und anschließend bis Weihnachten 1997 mit dem Schwerpunktthema Deutschlandpolitik beschäftigen soll. Es spräche aber nichts dagegen, daß auf der Basis eingegangener Expertisen und Forschungsberichte bereits Entwürfe für den Bericht der Kommission erstellt würden. Denkbar sei auch eine Weiterverfolgung der in der Obleuterunde schon diskutierten Idee, dem Plenum des Bundestages einen Teilbericht, z.B. zum Feld Bildung, Wissenschaft und Kultur, vorzulegen und somit Gelegenheit zu geben, daß Fachausschüsse des Hauses bereits vor 1998 auf Basis von Handlungsempfehlungen der Kommission tätig werden könnten.

Der Vorsitzende ergänzt des weiteren, daß die Kommission definitiv im Jahre 1998 keine öffentliche Anhörung mehr vornehmen werde, da die verbleibende Zeit für das Abfassen des Schlußberichtes und dessen redaktionelle Bearbeitung gebraucht werde. Die Obleute würden im übrigen vorschlagen, daß sich jede Berichterstättergruppe auf folgende Richtzahlen verständigen möge: bis zu drei Anhörungen, ein Forschungsvorhaben und bis zu fünf Expertisen.

Abg. Hartmut Koschyk spricht sich demgegenüber dafür aus, daß Entscheidungen in dieser Frage erst auf der Grundlage eines vom Sekretariat zu erstellenden Rasters der verbleibenden Zeit und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel getroffen werden.

Der Vorsitzende verdeutlicht daraufhin nochmals, daß diese Richtzahlen zwar nicht absolut verbindlich seien, dennoch aber den Maßstab der in den Berichterstättergruppen zu treffenden Entscheidungen bilden sollten, damit Illusionen über das Volumen des von der Kommission zu bewältigenden Programmes vermieden würden.

Im übrigen teilt er mit Blick auf die angesprochene Zeitplanung mit, daß die Themen aus der sogenannten "2. Säule" in das Arbeitsprogramm der Kommission, soweit es um öffentliche Sitzungen geht, laufend eingebaut werden.

Abg. Markus Meckel legt Wert auf die Feststellung, daß die genannte Zahl der Expertisen wirklich nur eine vorläufige Richtzahl sein könne. Bezüglich der Forschungsvorhaben merkt er an, daß sich die Obleuterunde auf fünf bis sechs Forschungsvorhaben insgesamt verständigt habe, nicht aber auf ein Forschungsvorhaben pro Berichterstattergruppe. Seines Erachtens müsse das Initiativrecht für die Vergabe von Forschungsvorhaben in den Berichterstattergruppen der Kommission und in den Arbeitsgruppen der Fraktionen liegen. Anschließend müsse die Kommission - ähnlich wie im Falle des von den Koalitionsfraktionen bereits vorgeschlagenen Vorhabens - jeweils eine Projektgruppe einsetzen, die dann einen konsensfähigen Vorschlag für die Entscheidung der Kommission unterbreiten müsse.

Abg. Hartmut Koschyk bittet nochmals nachdrücklich darum, auf das vom Sekretariat zu erstellende Raster zu warten. Im übrigen äußert er sich skeptisch bezüglich des vorgeschlagenen Zeitansatzes, soweit der Einschub von Themenfeldern der "2. Säule" berührt ist.

Abg. Gerd Poppe schließt sich den Ausführungen von Abg. Koschyk an.

Abg. Gerald Häfner spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Komplex "Aufarbeitung", der in der Gruppe O (4) behandelt wird, in der öffentlichen Behandlung der Kommission zeitlich vorzuziehen, um damit der bereits laufenden öffentlichen Debatte Rechnung zu tragen und Einfluß auf zu treffende Entscheidungen nehmen zu können.

Der Vorsitzende stellt abschließend Einverständnis her, daß die Kommission auf das vom Sekretariat zu erstellende Raster wartet, um weitere Entscheidungen in dieser Sache treffen zu können.

b) Einsetzung weiterer Berichterstatter-/Projektgruppen

Die Kommission schließt sich dem Vorschlag von Abg. Hartmut Koschyk an, lediglich weitere Berichterstattergruppen auf Grund des Vorschlages der Obleuterunde einzusetzen und die Benennung schriftlich durch die Arbeitsgruppen der Fraktionen vornehmen zu lassen.

Folgende weitere Berichterstattergruppen werden daraufhin von der Kommission eingesetzt:

BG G (5) - Gedenkstätten

BG A (6) - Archive

BG Z (7) - Interparlamentarische und Internationale Zusammenarbeit

BG P (8) - Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung

BG F (1) - Forschungsvorhaben "Menschen im Alltag der DDR"

Der Vorsitzende schlägt vor, daß die Einberufer für diese neu eingesetzten Berichterstat-tergruppen auf Vorschlag der Obleute in der nächsten Kommissionssitzung benannt werden. Die Kommission stimmt diesem Vorschlag zu.

Sv. Dirk Hansen spricht sich dafür aus, die BG O (4) in R (4) umzubenennen, um damit dem Gedanken Rechnung zu tragen, daß sich die Kommission nicht nur um die Opfer-Thematik, sondern darüber hinaus insgesamt um den Umgang des Rechtsstaates mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes zu kümmern gedenke. Damit würde auch an Diskus-sionen zu dieser Problematik in der Kommission der 12. Wahlperiode angeknüpft.

Sv. Martin Gutzeit teilt mit, die zuständige BG habe bereits zu ihrer letzten Sitzung den Auftrag gehabt, in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen. Dies sei aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen. Er bitte deshalb um Rückverweisung der Angelegenheit, damit sich die BG in ihrer Sitzung am 13.10.95 erneut und abschließend Gedanken machen könne.

Die Kommission schließt sich dieser Auffassung an.

c) Terminkoordinierung der Berichterstat-tergruppen

RD Eising spricht mit Blick auf das in den nächsten drei Monaten zu erstellende Arbeits-programm der Kommission die für das Sekretariat oft schwierige Aufgabe der Terminkoor-dination der verschiedenen Berichterstat-tergruppen an. Zur Lösung dieses Problems biete sich entweder an, das bestehende Verbot paralleler Sitzungen von BG's aufzuheben oder aber die die Berichterstat-tergruppen, bei denen es vor allem für die kleineren Fraktionen und die Gruppe Schwierigkeiten auf Grund von identischer Besetzung gebe, zumindest verschachtelt tagen zu lassen.

Abg. Gerd Poppe hält zumindest eine solche Verschachtelung aus Rücksicht auf die Pro-bleme der beiden kleinen Fraktionen und der Gruppe für wünschenswert. Der entspre-chende Beschluß sei deshalb nach Möglichkeit einzuhalten.

Im übrigen äußert Abg. Poppe Kritik daran, daß die für den 13.10.95 geplante Sitzung der BG W (2) ausfallen müsse, ohne daß eine kleine Fraktion für dieses Vorkommnis Verant-

wortung trage. Würde sich ein solcher Vorfall öfters wiederholen, könne nicht damit gerechnet werden, daß bis zum 15. Januar 1996 die Vorschläge für das Arbeitsprogramm vorlägen.

Abg. Markus Meckel teilt mit, daß die Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion aus Rücksicht auf die bestehenden Terminprobleme der Kommission beschlossen habe, versuchsweise ausschließlich am Donnerstagnachmittag ab 15.30 Uhr zu tagen, so daß der Freitag für Sitzungen von Berichterstattgergruppen frei sei.

Abg. Hartmut Koschyk teilt zu dem vom Abg. Poppe angesprochenen Ausfall der Sitzung der BG W (2) am 13.10.95 mit, daß die von der Arbeitsgruppe der CDU/CSU entsandten Mitglieder dieser BG krank bzw. aus nachvollziehbaren Gründen verhindert seien.

Abg. Gerd Poppe macht daraufhin deutlich, daß gemäß einer Vereinbarung der Obleute-
runde in einem solchen Fall auch die Mitarbeiter der Fraktionen an der Sitzung teilnehmen und sich entsprechend inhaltlich einbringen könnten.

Die Kommission trifft in dieser Frage vorerst keinen neuen Beschluß.

d) Sonstiges

Der Vorsitzende macht nochmals auf die Bedeutung der Drucksache 13/2280 (Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern) für die weitere Arbeit der Kommission aufmerksam. **RD Eising** teilt dazu mit, daß jedem Mitglied der Kommission ein Exemplar zur Verfügung gestellt sei.

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Gespräch beim Bundespräsidenten am 13. 10. 1995

Der Vorsitzende teilt mit, es sei geplant, daß sowohl der Bundespräsident als auch er selbst einige einführende Worte sagen werden; anschließend würden die fünf Obleute um Gleiches gebeten. Der Bundespräsident sei auf einen intensiven Austausch von Informationen und Meinungen von etwa 60 bis 90 Minuten Dauer eingerichtet.

Abg. Stephan Hilsberg erkundigt sich nach einer möglichen Beeinträchtigung des Termins durch die geplante namentliche Abstimmung im Plenum des Bundestages.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß diese erst für 13.20 Uhr geplant sei. Er bittet das Sekretariat in diesem Zusammenhang, die Geschäftsführungen der Fraktionen über die Teilnahme der Mitglieder der Kommission, soweit diese Abgeordnete des Bundestages seien, zu informieren. Gleiches gelte bezüglich der aktuellen Entwicklung im Plenum für die Mitglieder der Kommission während ihres Aufenthalts im Bundespräsidialamt.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser erkundigt sich nach den geplanten Transportmöglichkeiten.

Der Vorsitzende und RD Eising teilen dazu mit, daß für die Hinfahrt bitte jeder selbst sorgen möge; die Rückfahrt werde durch das Sekretariat über die Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages organisiert.

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung im November 1995

Der Vorsitzende teilt mit, daß der geplante Novembertermin zurückgezogen werden mußte, da sowohl der Staatspräsident der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, als auch der Außenminister der Republik Polen, Wladyslaw Bartoszewski, nicht zur Verfügung stehe. Es sei in Absprache mit allen Beteiligten ein neuer Termin zwischen dem 15. Januar und dem 28. Februar 1996 ins Auge gefaßt worden.

PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG

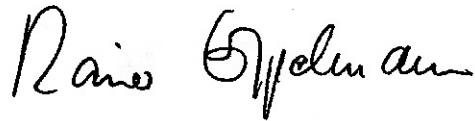
Verschiedenes

Sv.Prof.Dr. Peter Maser erkundigt sich, wann das Sekretariat in der Regel in der Lage sei, die Protokolle von Kommissionssitzungen den Mitgliedern zuzustellen.

RD Eising bittet in diesem Zusammenhang um Verständnis, daß das Sekretariat gerade erst im Aufbau sei. Man werde sich selbstverständlich um eine schnellstmögliche Bereitstellung der Protokolle bemühen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.43 Uhr

Bo/Rk



Rainer Eppelmann
(Vorsitzender)